

EU-Mercosur-Abkommen: Österreichs Chancen auf 32.000 neue Jobs!

EU und Mercosur unterzeichnen Abkommen zur Förderung wirtschaftlicher Partnerschaften und strenger Umweltstandards in Südamerika.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Verhandlungen über das EU-Mercosur-Abkommen nehmen Fahrt auf! Heute, am 6. Dezember 2024, hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in Uruguay die letzten Schritte zur Vollendung des Abkommens eingeläutet. „Touchdown in Lateinamerika, die Ziellinie des EU-Mercosur-Abkommens ist in Sicht“, postete von der Leyen auf Twitter. Dieses Abkommen könnte eine der größten Handels- und Investitionspartnerschaften der Welt schaffen und beide Regionen in eine neue wirtschaftliche Ära führen, wie sie weiterhin betont. Die Einigung, die bereits 2019 erzielt wurde, war jedoch wiederholt aufgrund von Bedenken bezüglich des Umweltschutzes und der Landwirtschaft blockiert worden, vor allem durch Frankreich, das seinen Widerstand gegen das Abkommen bekräftigt hat.

Wirtschaft und Umwelt im Fokus

Anna Stürgkh, NEOS-Europaabgeordnete, lobte das Abkommen als Grundlage für eine starke wirtschaftliche Partnerschaft und gleichzeitig für strenge europäische Umweltstandards im Handel mit Südamerika. „Während China und die USA ihren Einfluss in Südamerika ausweiten, zeigt Europa mit diesem Abkommen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen können“, sagte Stürgkh. Für Österreich bedeutet

dies über 32.000 gesicherte Arbeitsplätze, was das Abkommen für die exportorientierte Wirtschaft des Landes besonders wichtig macht, wie **OTS** berichtete.

Dennoch bleibt Frankreich ein großer Gegner des Abkommens und fordert weiterhin stärkere Garantien für seine landwirtschaftliche Souveränität. Die französische Regierung hat deutlich gemacht, dass das aktuelle Abkommen „inakzeptabel“ sei und beabsichtigt, andere EU-Länder dazu zu bringen, sich gegen den Abschluss zu stellen. Dieser Widerstand könnte die Verhandlungen erheblich beeinflussen, zumal eine Sperrminorität von mindestens vier Mitgliedstaaten erforderlich wäre, um das Abkommen zu verhindern, wie **Euronews** ausführte. Die Debatte dreht sich also nicht nur um wirtschaftliche Aspekte, sondern auch um tiefgreifende Umwelt- und Landwirtschaftsstandards, die in das Abkommen integriert werden müssen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • de.euronews.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at